

gespannt auf die Beratungen im Ausschuss. Ich bin auch sehr dankbar für jeden Ratschlag.

Man muss schon sehen, dass die Verantwortung in dieser Frage nun einmal bei den Gesundheitsämtern unseres Landes liegt. Das darf man bei diesem Thema nicht ganz außer Acht lassen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP )

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 17/3803 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung stattfinden. Gibt es dazu Widerspruch? – Nein. Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Antrag** einstimmig so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

#### **6 Einsetzung einer Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 17/3754

Die Aussprache hierzu ist eröffnet. Es tritt für die CDU-Fraktion Herr Kollege Dr. Nacke an das Pult.

**Dr. Stefan Nacke (CDU):** Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch nie so über die Debatte zu dem letzten Tagesordnungspunkt einer Plenarwoche gefreut wie heute. Ich habe mich nicht gefreut, weil gleich die Heimreise und die Herbstferien bevorstehen, sondern weil wir heute etwas Neues anfangen.

Dass wir alle in Sachen Demokratie neu herausgefordert sind, zeigen die aktuellen Berichterstattungen, und weite Teile dieses Hauses sind sich darin einig. Ich erinnere an die bedeutende Rede unseres Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble zum Tag der Deutschen Einheit in der vergangenen Woche – Zitat –:

„Auch in Deutschland begegnet uns die populistische Anmaßung, ‚das‘ Volk in Stellung zu bringen: gegen politische Gegner, gegen vermeintliche und tatsächliche Minderheiten, gegen die vom Volk Gewählten.

Aber: *Niemand* hat das Recht zu behaupten, er allein vertrete ‚das‘ Volk. Der Souverän ist keine

Einheit, sondern eine Vielheit widerstreitender Kräfte.“

Besonders wichtig finde ich den Ruf des Bundestagspräsidenten nach mehr Gelassenheit:

„Politik muss nicht immer schnelle, vor allem eindeutige Antworten haben. Sie sollte ehrlich eingestehen, dass sie nicht alle Widersprüche auflösen kann. Um unerfüllbaren Erwartungen vorzubauen, aus denen Enttäuschung wächst.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Politik gibt es nur ein Kapital: das Vertrauen der Bürger – Vertrauen in die Institutionen und ihre funktionale Effizienz sowie Vertrauen in die handelnden Akteure, die Politikerinnen und Politiker, die mit ihrer Persönlichkeit für ihre Überzeugungen öffentlich einstehen. Vertrauen kann nicht appellhaft verlangt werden. Es wird geschenkt, und es wird entzogen.

Wir müssen wieder neu um Vertrauen werben – Vertrauen in unsere politischen Programme, aber auch Vertrauen in unser politisches System, damit wir das leisten können, was der Soziologe Niklas Luhmann als die Funktion der Politik beschreibt, nämlich die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen.

Dabei lebt ein liberaler Staat von Voraussetzungen, die er selbst nicht leisten kann, wie Ernst-Wolfgang Böckenförde gesagt hat. Wir können demokratische Haltungen und Überzeugungen eben nicht per Gesetz deklarieren, wir müssen aber die politischen Voraussetzungen schaffen, dass durch entsprechende Anreizstrukturen und gute Rahmenbedingungen demokratische Haltungen bei den Menschen entstehen können.

Demokratie ist dann wehrhaft, wenn sie aus einer inneren Haltung heraus gestaltet und ihre Spielregeln nach außen konsequent durchgesetzt werden. Für das eine bedarf es Polizei, Verfassungsschutz und Justiz, für das andere geht es um Überzeugungen, Werthaltungen und Persönlichkeitsbildung.

Insbesondere müssen die politischen Strukturen für die Bürger plausibel sein. Es geht darum, zu zeigen, dass Politik Probleme lösen kann. Damit ist nicht zuletzt auch die Föderalismusdebatte angesprochen und die Verteilung der Aufgabenstellungen, Kompetenzen und Verantwortungen auf die unterschiedlichen politischen Ebenen.

Die CDU-Fraktion hat eine Enquetekommission zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie beantragt, weil wir einen breiten Diskussionsprozess anstoßen wollen. Wir wollen nicht auf der Stufe moralischer Appelle bleiben, wenn wir über Demokratie reden. Wir wollen konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten, und zwar über die gesamte Breite unserer politischen Handlungsfelder. Dabei orientieren wir uns an den Begriffen der Subsidiarität und der Partizipation.

Wir wollen die parlamentarische Demokratie stärken, indem wir klären, auf welchen Handlungsebenen eine möglichst breite Beteiligung geschaffen werden kann. Dabei ist eine Enquetekommission ein geeignetes Instrument des Parlamentarismus. Gestalten wir sie als eine Ideenschmiede!

Politiker, Wissenschaftler und gesellschaftliche Repräsentanten arbeiten zusammen und entwickeln gemeinsam Handlungsempfehlungen als grundlegende Orientierung für den parlamentarischen Prozess, der sie dann in Form von Gesetzesinitiativen und Anträgen aufgreifen kann.

Mit einer gewissen Distanz zum politischen Tagesgeschehen kann – und ich wünsche mir sehr, dass es gelingt – die binäre Struktur von Regierung und Opposition zugunsten eines gemeinsamen Innovationsprozesses überwunden werden. Dafür braucht es Vertrauen. Auch um dieses Vertrauen möchte ich hier heute werben.

Zu vier Fragekomplexen wollen wir gemeinsame Handlungsempfehlungen erarbeiten. Dabei schieben wir die Verantwortung nicht auf andere ab, sondern gehen von unserer eigenen Handlungskompetenz als Landtag Nordrhein-Westfalen aus.

Erstens. Wie kann das kommunalpolitische Ehrenamt als Basis demokratischer Partizipation angesichts der Komplexität seiner Entscheidungsnotwendigkeiten gestärkt werden? Wie können wir die öffentliche Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements in den sich von unten nach oben aufbauenden Entscheidungsgremien Nordrhein-Westfalens weiter steigern?

Zweitens. Wie kann Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner föderalen Kulturhoheit bildungs-, weiterbildungs- und medienpolitisch die politische Partizipation seiner Bürger stärken und ein Bewusstsein für demokratische Tugenden fördern? Mithilfe welcher zivilgesellschaftlichen Akteure lässt sich eine landespolitische Debattenkultur etablieren, die einer weiteren Fragmentierung der Öffentlichkeit entgegenwirkt?

Drittens. Wie lässt sich die Finanzautonomie der Länder und damit die politische Relevanz der Landesparlamente – Stichwort „Etatrecht als parlamentarisches Königsrecht“ – steigern?

Viertens. Wie kann das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsstruktur der politischen Ebenen von Europäischer Union, Bund, Ländern und Kommunen besser zur Geltung gebracht werden? Und wie können wir dabei spezifische Länderkompetenzen weiter profilieren?

Wir wollen diese Fragestellungen der Reihe nach bearbeiten. Dafür werden wir jeweils Klausurtagungen durchführen, die mit entsprechenden Anhörungen verbunden sind. Damit kommen wir ins Gespräch mit vielen Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft.

Wir werden diese Klausurtagungen themenbezogen in einer nordrhein-westfälischen Kommune, in Düsseldorf, sowie in den Landesvertretungen Nordrhein-Westfalens in Berlin und Brüssel durchführen und bilden damit die föderalen Verflechtungen nordrhein-westfälischer Landespolitik ab.

Wir wollen zu diesen Fragestellungen Handlungsempfehlungen erarbeiten und werden diese Handlungsempfehlungen dem Landtag und der Öffentlichkeit jeweils als Zwischenberichte vorstellen. Damit gewährleisten wir Transparenz und eröffnen die Möglichkeit einer breiten politischen Debatte.

Wir wollen kein dickes Buch schreiben. Wir konzentrieren uns auf die Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen, die das Parlament aufgreifen kann und mithilfe derer wir als Parlament unsere Wirklichkeit konkret gestalten können.

Ich komme zum Schluss auf den Hinweis von Herrn Schäuble zurück. Wir sind nicht so anmaßend, zu glauben, dass wir die eine große Lösung finden und mit einer Enquetekommission alle Widersprüche auflösen könnten. Aber wir werden eine ganze Reihe von konkreten Verbesserungen vorschlagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen in gemeinsamer Verantwortung für unser demokratisches Gemeinwesen. Fangen wir heute unser gemeinsames Projekt an. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Nacke. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Professor Dr. Bovermann.

**Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der „... Stärkung der ... Demokratie im föderalen System ...“ – so der Untertitel des Antrags der CDU – behandeln wir heute ein überaus aktuelles und wichtiges Thema, wobei – die Bemerkung sei mir gestattet – der Zeitpunkt am Ende von drei Debattentagen an einem Freitagmittag nicht gerade für die notwendige Wertschätzung spricht.

Die SPD ist der CDU durchaus dankbar dafür, dass sie dieses Thema zum Gegenstand einer Enquetekommission vorschlägt – auch wenn die CDU-Fraktion wieder einmal etwas spät dran ist. Wie Sie wissen, hat die SPD bereits mehrfach in dieser Wahlperiode Anträge zur Demokratieförderung und zur politischen Bildung gestellt.

Bei uns rennen Sie jedenfalls mit dem Thema offene Türen ein. Darauf, ob das allerdings auch für die vorgeschlagenen Fragestellungen gilt, werde ich nun im Einzelnen eingehen.

Unsere Demokratie als Staats- und Lebensform steht ohne Zweifel vor großen Herausforderungen, von denen die Globalisierung und Digitalisierung in dem Antrag explizit genannt werden. Darüber hinaus werden die Veränderungen der Legitimation und die Gefahren von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus kurz angesprochen. Hier hätte ich mir eine vertiefende Betrachtung zur Entwicklung bezüglich der Nichtwähler, zur rückläufigen Parteidentifikation und zur Krise der Volksparteien, aber auch zum Entstehen einer neuen Konfliktlinie zwischen libertären und autoritären Positionen im Parteiensystem gewünscht.

Ganz aktuell liegen ja Erkenntnisse der Bertelsmann Stiftung vor, die zeigen, dass populistische Einstellungen in der Bevölkerung zunehmen und vor allen Dingen auch die politische Mitte betroffen ist. Zwar kann man noch sagen, dass neun von zehn Befragten die Demokratie für das beste politische System halten. Aber wir müssen eben auch zur Kenntnis nehmen, dass die Zufriedenheit mit dem Funktionieren unserer Demokratie leider abnimmt.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt des Antrags stehen zwei Aspekte, von denen der erste unter dem Stichwort „Subsidiarität“ gefasst wird. Einfach formuliert: Aufgaben sollen so weit wie möglich auf den unteren politischen Ebenen wahrgenommen werden.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht geht es um die Rolle des Landesparlamentarismus im föderalen Mehrebenensystem. Die CDU plädiert dabei offensichtlich für das Leitbild des Wettbewerbsföderalismus. Das ist nicht neu. Bereits 1976 kritisierte Fritz W. Scharpf die Politikverflechtung im föderalen System. Das führte dann in den 1980er-Jahren zur Wiederentdeckung der Subsidiarität als Prinzip und zur Begründung des Wettbewerbsföderalismus als Gegenmodell.

Damals wurden umfassende Reformen gefordert – eine Neuordnung der Länder, Eigenständigkeit der Einnahmen und Ausgaben und mehr Kompetenzen. Das entspricht mit Ausnahme der territorialen Neuordnung den im Teil IV des Antrags genannten Fragestellungen nach einer Steigerung der Finanzautonomie und einer Profilierung der Länderkompetenzen.

Doch, meine Damen und Herren, sind das nicht die Schlachten, die längst an anderer Stelle geschlagen worden sind? Die Föderalismusreform I von 2006 hat die Abschaffung der Rahmengesetzgebung, die Einführung neuer Länderkompetenzen in der ausschließlichen Gesetzgebung und das Recht zur Abweichung von Bundesgesetzen gebracht.

Tatsächlich haben die Länder die neu gewonnenen Kompetenzen zum Beispiel im Bereich des Besol-

dungsrechts genutzt. Doch dabei hat der Wettbewerb die Leistungsunterschiede zwischen den Ländern eher noch verstärkt.

Ich denke, insgesamt kann man feststellen, dass der Bund aus der Föderalismusreform noch gestärkt hervorgegangen ist, indem er die Kompetenzgewinne der Länder im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung kompensieren konnte.

Auch von einer wirklichen Stärkung der Länderparlamente wird man nicht sprechen können, solange die Landesregierungen an ihrem Einfluss auf die Bundespolitik festhalten.

Schließlich zeigen meines Erachtens die Bestrebungen zur Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich, dass der Trend eher schon wieder in eine andere Richtung geht.

Bei der Frage, wie die Finanzautonomie der Länder zu steigern sei, zeigen sich ähnliche Probleme. Aufgrund der Schuldenbremse ist die Ausgabenseite der Länder limitiert, während die Einnahmeseite wenig Raum für Veränderungen der Steuersätze oder der Steuerbemessungsgrundlagen bietet. Dort, wo Raum existiert, wie beispielsweise bei der Grunderwerbsteuer, kollidiert der Wettbewerb der Länder mit dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse.

Die Enquetekommission wird sich also mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob ein Wettbewerbsföderalismus ein erstrebenswertes Modell ist und bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen überhaupt praktisch umsetzbar ist.

Darüber hinaus sollte sich die Kommission aber auch mit weiteren Fragen zur Stärkung des Landesparlamentarismus beschäftigen. Ich denke da vor allen Dingen an die Interessenvermittlungs- und Repräsentationsfunktion des Landtags.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu dem zweiten Aspekt, der in dem Einsetzungsantrag angesprochen wird, nämlich zu dem Aspekt der Partizipation. Allerdings wird aus meiner Sicht der Begriff der Partizipation in dem Antrag zu wenig ausgeführt. Was meinen Sie eigentlich genau? Mit welchen Formen der Partizipation – verfasste, direktdemokratische, deliberative – soll sich die Kommission befassen?

Statt einer Antwort fokussiert der Antrag auf die Auswirkungen der Digitalisierung. Als Probleme werden die zunehmende Fragmentierung der Öffentlichkeit in den sozialen Netzwerken und die erschwerte Möglichkeit „objektiver politischer Information und Verständigung“ definiert. Schließlich wird in diesem Zusammenhang auf die Ausbreitung extremistischer Ansichten mithilfe populistischer Kommunikationsmethoden verwiesen.

Auch zu dem Aspekt der Partizipation finden sich in Abschnitt IV des Antrags zwei Fragestellungen. Sie zielen zum einen auf eine Stärkung des kommunalen Ehrenamtes und zum anderen auf eine Stärkung der politischen Partizipation durch Maßnahmen der Weiterbildung und Medienpolitik. Dahinter steht das Leitbild einer „landespolitischen Debattenkultur“. Ich halte das für einen interessanten Begriff, dessen Konturen allerdings noch sehr unscharf sind.

Die kommunale Ebene gilt als Schule der Demokratie. Daher spricht einiges dafür, zur Stärkung der Demokratie bei der ehrenamtlichen Kommunalpolitik anzusetzen. Sinkende Wahlbeteiligung, Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten sowie hoher zeitlicher Aufwand – man spricht vom Ehrenamt rund um die Uhr – sind nur einige der Probleme, die es zu lösen gilt.

Zwischen 2013 und 2015 hat es hier im Landtag bereits eine Kommission gegeben, um die Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter zu verbessern. Dort wurden Lösungsansätze im Bereich von Freistellungen, steuerlichen Anreizen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Größe von Fraktionen sowie Kompetenzen von Räten und Kreistagen diskutiert, die zum Teil auch schon umgesetzt wurden.

Leider ist die Einführung einer Sperrklausel gegen die Zersplitterung der Kommunalparlamente am Verfassungsgerichtshof gescheitert. Wir werden das demnächst durch ein Gesetz heilen müssen.

Darüber hinaus wäre es erforderlich, die Legitimation kommunaler Entscheidungsträger nicht durch die Abschaffung der Stichwahl weiter zu schwächen.

(Beifall von der SPD und Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, der vierte Fragenkomplex zum Verhältnis von Landesparlamentarismus und Digitaler Demokratie ist aus meiner Sicht die interessanteste Aufgabe der Enquetekommission.

Wie kann einer postfaktischen Demokratie mit Filterblasen, Echokammer, Hate Speech und Social Bots entgegengewirkt werden? Vielleicht mit einer Demokratiebildung im Netz, wie sie die Bertelsmann Stiftung erprobt hat. In dem Projekt „Jungbewegt – Für Engagement und Demokratie.“ wurde eine Kampagne konzipiert, die in Zusammenarbeit mit einigen Influencern und mithilfe von YouTube-Videos junge Menschen über Populismus aufklärte und für politische Themen interessierte. Ich denke, dass dieser Ansatz auch für uns in der Enquetekommission interessant sein könnte.

Meine Damen und Herren, abschließend könnte ich es mir so einfach machen wie der Kollege Dr. Nacke bei der Beurteilung des SPD-Antrags zur Demokratieförderung am Mittwoch und sagen: Ich hätte zum Thema „Demokratie“ mehr erwartet.

Da ich jedoch genauso wie der Kollege Dr. Nacke schon einmal in einer Enquetekommission war, weiß ich, dass es die erste Aufgabe sein wird, ein Arbeitsprogramm zu erstellen und dann die Fragestellungen zu konkretisieren. Dazu biete ich Ihnen die konstruktive Mitarbeit der SPD an. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelte Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Professor Dr. Bovermann. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Frau Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegen Nacke und Bovermann haben eine ganze Reihe spannender Fragen aufgeworfen. Insofern bin ich sehr zuversichtlich, dass diese Enquetekommission einige wirklich fruchtbare Diskussionen und Ergebnisse hervorbringen wird.

Die von den Kollegen bereits angesprochenen Aspekte brauche ich nicht zu wiederholen. Einen Punkt möchte ich aber doch ansprechen. Herr Kollege Bovermann, ich finde es gut, dass Fragestellungen nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet wurden. Der Enquetekommission und den Sachverständigen werden damit Freiräume eröffnet, um Vorschläge zu prüfen, an welchen Stellen und kleinen Schraubchen in unserem demokratischen System Nachjustierungen tatsächlich sinnvoll sind.

So kann auch geprüft werden, wo wir noch Initiativen unterstützen oder selbst entfalten können – und zwar aus dem Selbstverständnis heraus, dass wir als Landesparlament nicht nur die Repräsentanten des Souveräns sein wollen, sondern auch Motor für eine lebendige demokratische Diskussions- und Streitkultur im Wettbewerb um die besten Lösungen für die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Ich bin sehr gespannt. Für längere Zeit habe ich mich mit der Frage des Landeshaushalts beschäftigen dürfen. Insofern finde ich es besonders gut, dass hier auch der Aspekt der Finanzautonomie der Länder herausgearbeitet werden soll.

Insgesamt bin ich der Meinung, dass wir mit unseren Fragestellungen auf einem guten Weg sind. Sie umfassen alle wesentlichen Bereiche und eröffnen Raum für weitergehende Prüfungen, um aus der Enquetekommission heraus auch gesellschaftliche Impulse aufnehmen und abbilden zu können. Deshalb bin ich wirklich gespannt auf die Debatten, die wir führen werden.

Wir werden uns im nächsten Jahr mit Sicherheit auf allen politischen Ebenen auch mit Fragen der Kompetenzverteilung in unserem föderalen System und in unserem Verhältnis zur Europäischen Union be-

schäftigen. Auch dazu erhoffe ich mir von der Enquetekommission spannende Impulse, die uns auf dem Weg zu einem gelebten, lebendigen Europa voranbringen.

Ich bedanke mich bei der initiierten Fraktion für die Initiative

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

für diese Enquetekommission und freue mich auf die Beratungen in der Kommission.

Ich wünsche allen eine angenehme Herbstpause. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt  
Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Freimuth. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Bolte-Richter.

**Matthi Bolte-Richter** (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Hut- und die Wutbürger – zumindest vermeintlich – immer mehr Raum in der Debatte einnehmen, in der immer mehr Politikerinnen und Politiker auch aus demokratischen Parteien meinen, ihre Positionen nur noch durch Wut- und Brandreden vorbringen zu können, in einer Zeit, in der auch das bekannte Parteiensystem immer stärker in Bewegung versetzt wird und bekannte Wahrheiten – zum Beispiel: wenn nichts mehr geht, geht immer eine Große Koalition – plötzlich nicht mehr funktionieren. In einer solchen Zeit beantragt die CDU eine Enquetekommission zur Stärkung und zur Weiterentwicklung der Demokratie.

Ich kann für meine Fraktion sagen: Es ist der richtige Zeitpunkt. Das ist ein wichtiges Thema. Wir begrüßen das ausdrücklich.

Demokratie muss immer wieder, tagtäglich, verteidigt werden. Sie muss gelebt werden. Sie braucht selbstbewusste und handlungsfähige Parlamente. Alle diese Fragen sind aus unserer Sicht wichtig.

Ich finde es auch wichtig, dass wir uns zunächst fragen, welchen Beitrag wir als Parlament leisten. Wir haben in dieser Woche ja mehrere Situationen erlebt, in denen wir uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier fragen müssen: Nehmen wir uns da eigentlich ernst? Werden wir überhaupt ernst genommen, wenn Minister oder Mitglieder der Landesregierung meinen, dass sie ihre Pläne lieber über die Presse kundtun als hier vor diesem Hohen Haus?

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE] und Stefan Zimkeit [SPD])

Welche Rolle nehmen wir also als Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein? Woher kommt der –

teils auch nur gefühlte – Bedeutungsverlust, der im Antrag konstatiert wird? Was können wir dagegen tun? Wo können wir Spielräume mutiger nutzen als bisher? Wo müssen wir die Informations- und Beteiligungsrechte des Parlaments stärken? Wo müssen sie angepasst werden?

Wo müssen wir schneller werden, um auch mit der technologischen und der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten? Das ist ein großer Unsicherheitsfaktor bzw. ein Faktor, der zur Unsicherheit in der Bevölkerung beiträgt. Auf dieses Gefühl, dass sich alles rasend schnell verändert und die Demokratie irgendwie nicht mehr mitkommt, brauchen wir eine Antwort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wer Demokratie mit Leben füllen soll, muss auch Handlungsspielräume haben. Das gilt für das Bund-Länder-Gefüge genauso wie für die Länder in diesem Gefüge. Es gilt aber gerade auch für die Kommunen. Das kommunale Ehrenamt braucht starke Kommunen, um attraktiv zu sein. Für eine starke Demokratie brauchen wir handlungsfähige Kommunen und starke Regionen. Die Internationalisierung ist dabei nicht das Problem, sondern an vielen Stellen der Schlüssel.

Subsidiarität kann nicht allein bedeuten, die Entwicklung der letzten Jahre zurückzudrehen. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet auch nicht, alles ausschließlich wieder an die unteren Ebenen abzugeben. Vielmehr gehen beide Seiten für eine gelungene europäische Integration Hand in Hand.

Lassen Sie uns achtgeben, dass wir bei der Beantwortung der durchaus berechtigten Frage, wie wir das Subsidiaritätsprinzip mit Leben füllen, die europäische Einigung nicht infrage stellen. Starke Regionen brauchen ein geeintes Europa, ein starkes Europa, ein gemeinsames Europa. Das dürfen wir uns als Demokratinnen und Demokraten nicht kaputt machen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Demokratie ist schön. Sie ist aber auch anstrengend und erfordert viel Kraft. Demokratie bedeutet nämlich nicht – das ist oft das große Missverständnis – das Recht des Stärkeren, sondern Demokratie bedeutet Ausgleich. Sie bedeutet – vor allem anderen – den Schutz der unterlegenen Minderheit.

Deshalb wollen wir die Menschen in der Demokratie stärken. Denn Demokratie muss gelernt und gelebt werden. Wir wollen in der Kommission über jede Form von Beteiligung sprechen. Wir müssen die Begeisterung für die parlamentarische Demokratie stets neu wecken.

Wir müssen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier aber auch zur Kenntnis nehmen, dass sich das Partizipationsverhalten in den letzten Jahrzehnten verändert hat – und das ist gut so.

Denn Menschen in allen Lebensbereichen – sei es in den Schulen, in den Hochschulen, im öffentlichen Dienst oder in den Betrieben – fordern mehr Demokratie ein. Das ist doch ein wunderbares Zeichen für gesellschaftliche Emanzipation.

Wir erleben tagtäglich immer wieder Beispiele dafür. Wir erleben, wie sich, auch ad hoc, neue Bewegungen formieren und neue Themen aufgebracht werden. Darauf müssen wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine Antwort geben. Wir müssen erkennen, dass Menschen sich häufiger spontan einbringen – projektbezogen, in unkonventionellen Partizipationsformen.

Damit das nicht zu einer Infragestellung des Parlamentarismus führt, brauchen wir eine Antwort darauf.

Es muss mehr – auch unkonventionelle – Partizipationsformen geben. Es muss mehr Beteiligung geben. Ein Thema, das wir hier angehen müssen, sind Volksbegehren. Sie dürfen nicht länger durch völlig überzogene Unterschriftenhürden verunmöglicht werden. Es gibt noch vieles Weitere, wo wir Demokratie stärken müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie muss alle erreichen. Da haben wir heute Defizite. Frauen sind in unseren Parlamenten immer noch unterrepräsentiert. Die Frauenquote des Deutschen Bundestages ist immer noch so niedrig wie in den 90er-Jahren. Menschen mit Migrationsgeschichte sind ebenfalls unterrepräsentiert. Wir müssen politisches und demokratisches Engagement auch für junge Menschen attraktiver machen, gerade auf der kommunalen Ebene. Lassen Sie uns auch über diese Themen sprechen.

Last, but not least äußere ich einen Wunsch bzw. eine Erwartung bezüglich der Arbeit der Kommission. Eine Demokratie-Enquete muss selbst neue Maßstäbe bezüglich demokratischer Partizipation setzen. Diese Kommission ist bei aller Komplexität kein Gremium der Rechtsgelehrten, sondern ein Gremium für die Bürgerinnen und Bürger.

Daher muss die Kommissionsarbeit aus unserer Sicht stärker als sonst zusammen mit der Öffentlichkeit stattfinden. Natürlich muss die Kommission den Gepflogenheiten entsprechend in nichtöffentlichen Sitzungen tagen. Wir müssen uns aber immer wieder mit der Öffentlichkeit austauschen und uns rückversichern, ob wir in unseren Diskussionen auf einem richtigen oder einem falschen Weg sind. Die Zwischenberichte sind dafür ein Werkzeug. Sie dürfen aber nicht das einzige Instrument bleiben.

Wir sollten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich einzubringen. Beispielsweise kann man online über die Zukunft der Demokratie diskutieren. Solche Formate mögen zwar anstrengend sein. Meines Erachtens ist die Digitalisierung aber nach wie vor eine der großen Chancen für die Revitalisierung

der Demokratie. Auch im Hinblick auf Offlineformate sollten wir miteinander prüfen, was sinnvoll ist.

Die Enquetekommission zur Bürgerbeteiligung in der letzten Wahlperiode in Rheinland-Pfalz hatte zum Beispiel ein eigenes Diskussionsangebot für Kinder und Jugendliche. Möglicherweise sind auch dezentrale Foren zur Diskussion mit den Mitgliedern der Kommission ein sinnvoller Weg.

Lassen Sie uns miteinander offen darüber sprechen, wie wir es schaffen, diese Demokratie-Enquete gemeinsam zu einem Festival der Demokratie zu machen und zu einer Demokratie für alle zu kommen – zu einer Demokratie, die transparent ist, die Menschen mitnimmt und für Mitbestimmung begeistert.

Ich freue mich sehr auf die Arbeit. – Noch einmal herzlichen Dank an die CDU für diesen Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD – Beifall von Dr. Werner Pfeil [FDP])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Für die AfD-Fraktion hat nun der Fraktionsvorsitzende, Herr Wagner, das Wort.

**Markus Wagner (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schockwellen für die alten Parteien kommen immer näher. Überall laufen ihnen die Bürger davon – zuletzt in Brasilien, vorher in den USA, in Österreich, in Ungarn, in Italien und auch hier bei uns.

Die CDU ist nach 70 Jahren bei 21 %, die SPD nach 150 Jahren noch bei 15 % – Tendenz: weiter stark fallend.

(Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

Nun kommen die sozialliberalen Regierungsfractionen von CDU und FDP auf die Idee, eine Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ einzusetzen.

Meine Damen und Herren, dieses bürgerferne Politik-Kauderwelsch setzt sich in seiner Flachheit im Antrag weiter fort.

(Zuruf von der CDU: Ey!)

Aber bleiben wir zunächst bei der Überschrift. Schon beim Auftrag für die von Ihnen geforderte Kommission schränken Sie eine wirklich freie Debatte über eine Reform unserer Demokratie unnötig ein. Ich frage mich, was das soll. Stärken wollen Sie nur die parlamentarische Demokratie, wie Sie schreiben.

Natürlich will niemand hier im Haus die parlamentarische Demokratie als solche abschaffen.

(Frank Müller [SPD]: Da wäre ich mir nicht ganz sicher!)

Aber zu ihrer Reform gehören doch gerade auch Elemente, die durchaus die Legitimation auch der 15-%-SPD dieses Hauses und der gewählten Abgeordneten stärken können.

(Widerspruch von der SPD – Zurufe von der AfD)

Es ist doch nicht so, dass zum Beispiel Abgeordnete im Schweizer Nationalrat delegitimierter erscheinen als Abgeordnete hier bei uns im Land, und zwar nicht trotz des dortigen Anrechts der Bürger auf Volksabstimmungen, sondern gerade deswegen.

(Beifall von der AfD)

Als AfD-Fraktion sind wir die Einzigen, die sich klar dazu bekennen, den Bürgern endlich das Recht einzuräumen, bei wichtigen Fragen auch in Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild über die Geschicke des Landes zu bestimmen.

(Helmut Seifen [AfD]: So ist es!)

Es sind schließlich die Bürger dieses Landes, die von politischen Entscheidungen betroffen sind. Deshalb sollten die Bürger auch ein Mitspracherecht haben.

Es sagt viel über die Antragstellerinnen von CDU und FDP aus, dass Sie den Menschen im Land dieses Mitspracherecht verweigern wollen – oder, um eines Ihrer Lieblingswörter aus dem Antrag zu verwenden, dass Sie dem Bürger die Partizipation verweigern wollen.

Mit der Überschrift Ihres Antrags gehen Sie sogar noch ein Stück weiter. Sie wollen nicht einmal in einer Enquetekommission zur Demokratiereform darüber reden. Sie wollen in einer Kommission zum Thema „Partizipation“ nicht über Partizipation sprechen. Wie soll man Ihre Diskursverweigerung anders verstehen als das, was sie ist? Sie haben Angst vor dem Volk.

(Beifall von der AfD)

Aber weite Teile der politischen Klasse, ausgehend von den Grünen bis mittlerweile tief hinein in die Reihen der CDU, lehnen den Begriff des Volkes ja ohnehin ab. Der grüne Pseudophilosoph Habeck meint gar, es gebe gar kein Volk. Da frage ich mich: Wie soll ein Volksvertreter, der meint, es gebe kein Volk, ein Volksvertreter sein? Diese grüne Logik verachtet das Grundgesetz, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Nicht nur, dass eine derartige intellektuelle Fehlleistung scheinbar das Qualifikationsmerkmal für die Wahl zum Grünen-Chef ist, nein, Sie vergehen sich damit auch an den Werten und Normen unseres Grundgesetzes, um das wir zu Recht in der Welt beneidet werden und auf das wir stolz sein können, in dem es heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke

aus“ – einem Volk, das es laut den Grünen gar nicht gibt.

Als AfD bekennen wir uns zu unserem Grundgesetz. Wir lehnen Ihre Umdeutungsversuche dessen, was die Väter und Mütter unserer Verfassung wollten, ab. Als AfD bekennen wir uns zu unserem Volk, und als AfD wollen wir, dass das Volk endlich mehr Mitspracherechte erhält.

(Beifall von der AfD)

An Ihrer Seite sind wir bei dem Vorschlag, über das kommunalpolitische Ehrenamt zu sprechen. Ein entscheidender Faktor für die Stärkung und Verankerung unserer demokratischen Ordnung ist die häufig ehrenamtliche Kommunalpolitik vor Ort. Lassen Sie uns gemeinsam über Möglichkeiten sprechen, dieses Engagement attraktiver zu machen und ihm mehr Wertschätzung entgegenzubringen.

Wir freuen uns auch über einen gemeinsamen Diskurs zum Subsidiaritätsprinzip respektive dessen richtiger Anwendung. Anders als beim Thema „Demokratiereform“ haben Sie hier ja wenigstens den Diskursraum in der Kommission nicht verengt. Denn natürlich müssen wir darüber sprechen, welche Verantwortungsebene die jeweils adäquate ist. EU, Nation, Bundesland und Gemeinde müssen ihre Kompetenzen neu austarieren. Als Partei der Subsidiarität lehnen wir den Trend zu einer immer stärkeren Zentralisierung ab. Wir wollen nicht, dass sich Entscheidungen immer weiter von den Menschen entfernen.

(Beifall von der AfD)

Die immer stärkere Preisgabe von Souveränitätsrechten an supranationale Organisationen als rein ideologischer Selbstzweck ist ein Irrweg. Ein europäischer Einheitsstaat mit Brüsseler Zentralregierung geht an den Menschen vorbei. Ein Hineinregieren, wie wir es gerade wieder in Ungarn und Polen erleben, nur weil diese Länder sich der Multi-Kulti-Ideologie der untergehenden politischen Klasse widersetzen, stößt auf unseren ganz klaren Widerstand.

(Beifall von der AfD)

Für uns gilt: Die Menschen sollen frei und souverän sein, und auch ihre Nationen sollen frei und souverän sein.

Und auch die immer stärker werdenden Zentralisierungsreflexe in Deutschland, die unter anderem auch dazu führen, den Bundesländern ihre politische Legitimität zu nehmen, rühren nicht einfach nur an unserer Geschichte und unserer Tradition, sondern auch an unserem Erfolgsmodell der föderativen Ordnung. Wir wollen den föderalen Charakter und Staatsaufbau erhalten und den Ländern wieder die Möglichkeit zu echter Landespolitik geben.

Wir stimmen also Ihrem Antrag auf Einsetzung der Enquetekommission zu, auch wenn wir ihn als sehr

kleinteilig, etwas verschwurbelt, wenig mutig und gerade im Bereich der Demokratiereform für ängstlich erachten. Aber immerhin können wir gemeinsam vielleicht ein bisschen vorankommen. Unsere Bürger jedenfalls hätten es verdient. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Wagner. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Dr. Nacke noch einmal zu Wort gemeldet.

**Dr. Stefan Nacke (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem vorhergehenden Rednerbeitrag haben wir jetzt noch einmal vor Augen geführt bekommen, warum wir diese Enquetekommission brauchen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich wünsche mir für die Arbeit der nächsten zwei Jahre, dass wir tatsächlich eine Sachdebatte führen, dass wir sehr kleinteilig viele konkrete Vorschläge nach vorne bringen und dass wir die Enquetekommission nicht für Polemik und antidemokratische Dinge ausnutzen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das parlamentarische Instrument einer Enquetekommission ist etwas ganz Besonderes. Wir als Parlament haben dadurch die Möglichkeit, gemeinsam mit Menschen aus der Gesellschaft, mit Wissenschaftlern abseits vom Tagesgeschäft grundlegende Probleme neu in den Blick zu nehmen. Und das ist etwas besonders Kostbares. Das müssen wir pflegen. Es ist eigentlich ein Höhepunkt der parlamentarischen Demokratie, dass man, auch wenn man aus unterschiedlichen Fraktionen zusammenkommt, gemeinsam so etwas machen kann.

Deswegen greife ich gerne das Wort meines Vorredners Bolte-Richter auf, der vorgeschlagen hat, dass wir diese Kommission zu einem „Festival der Demokratie“ werden lassen sollen. Das wünsche ich mir. Dafür müssen wir gemeinsam arbeiten. In diesem Sinne wünsche ich uns aber erst einmal eine schöne Herbstpause. Dann sind wir kraftvoll danach wieder dran. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Nacke. – Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrages Drucksache 17/3754. Wer stimmt diesem Inhalt zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/3754** einstimmig so **angenommen**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Das nächste Plenum berufe ich wieder ein für Mittwoch, den 14. November 2018, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Tag, ein schönes Wochenende und eine arbeitsreiche sitzungsfreie Zeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13:06 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.